

Stellungnahme des Verbandes Wissenschaft und Hochschule Sachsen zum Gesetzentwurf zur „Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung“ (Drucksache 19/10815 vom 11.06.2019)

Eine Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung in Sachsen ist mit Hinblick auf die steigende Zahl offener Stellen und einem Überangebot an Ausbildungsstellen bzw. einem Mangel an Auszubildenden durchaus zu begrüßen. Die allgemeine, fachgebundene oder die Fachhochschulreife erreichen ein immer höherer Anteil der Nachwuchsjahrgänge. An den Hochschulen zeigt sich dann jedoch zunehmend, dass die de jure erworbene Hochschulreife manchmal keine De-facto-Hochschulreife darstellt. Dann wird durch die Hochschulen versucht, dies durch Brücken- und Einführungskurse, Tutorien, Repetitorien sowie weitere Studienanfängermaßnahmen abzufedern, um so die Zahl der Studiengangwechsler und Studienabbrecher zu reduzieren. Somit sehen auch wir eine Aufwertung der dualen Ausbildung als zielführend im Sinne einer ressourcenschonenden, passgenauen Bildung und besseren Chancen zur beruflichen Selbstverwirklichung an.

Einer Mindestvergütung für Auszubildende ist zuzustimmen. Der Mindestlohn hat sich weitgehend bewährt. Nun ist dessen Ausweitung auf das bisherige Schlupfloch Azubi-Vergütung konsequent. Allerdings lehnt der vhw sachsen klar die neu vorgeschlagenen Abschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ ab. Die begriffliche Nähe zu den akademischen Graden Bachelor und Master wäre hier gewollt, ist jedoch nicht adäquat. Eine solche kosmetische Umdeklarierung würde die akademischen Abschlüsse entwerten. Auch den Trend, alles mit Pseudo-Anglizismen auszudrücken, unterstützen wir nicht. Im europäischen Ausland sowie weltweit ist Entscheidern sehr wohl bekannt, was ein deutscher Meister oder ein deutsches Diplom darstellt. Insofern liegt der Handlungsbedarf nicht bei den Abschlussbezeichnungen und wäre sogar kontraproduktiv, da man mit einem Pseudo-Englisch eher belächelt als geschätzt wird.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hat bereits den Bundestag passiert. Im Bundesrat steht die Abstimmung dazu am 29.11.2019 an. Wir fordern den Freistaat Sachsen auf, dort gegen dieses Gesetz zu stimmen und dann im Vermittlungsausschuss die Streichung des Ansatzes der drei neuen Abschlussbezeichnungen zu erwirken.

Dirk Müller

.....
Prof. Dirk Müller
Landesvorsitzender des vhw sachsen
Dresden, am 15.11.2019